



Hilfen für Unionsbürgerinnen und -bürger in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten

Grundsatzpositionen der BAG Wohnungslosenhilfe

Dr. Rolf Jordan

Fachreferent BAG W

Alles rund ums Wohnen und Nicht-Wohnen

Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 2019

11. bis 13. Nov. 2019 in Berlin

UnionsbürgerInnen in Wohnungsnot



- *UnionsbürgerInnen* genießen aufgrund bestehender Freizügigkeitsregelungen freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Der überwiegende Teil dieser Menschen geht daher einer Erwerbstätigkeit – abhängig beschäftigt oder selbständig – nach.
- Nur ein geringer Teil dieser UnionsbürgerInnen ist – aus unterschiedlichen Gründen – nicht oder nur eingeschränkt in der Lage, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.
- Gleichzeitig ist ein Teil der UnionsbürgerInnen aufgrund der bestehenden Rechtslage von Sozialleistungen ausgeschlossen und daher in besonderem Maße auf Angebote der (kommunalen) Notunterbringung und der Notversorgung (Essen, Kleidung, medizinische Versorgung etc.) angewiesen.

Aktualisierung der Positionierung



Ausgangssituation:

- kontinuierliche Zunahme der Zahl von Menschen vor allem aus süd- und südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten in den Hilfen in Wohnungsnotfällen
- dramatische Veränderung der Situation vor allem der Menschen aus Ost- und Südosteuropa

Ausgangsthese:

„In der Praxis der Hilfen zeichnet sich zuletzt immer stärker eine **Zunahme absoluter Verarmung und Verelendung** bei einer wachsenden Zahl von UnionsbürgerInnen ab, die keinen oder keinen ausreichenden Zugang zu Hilfen in Wohnungsnotfällen haben – mit fatalen Folgen für die betroffenen Menschen und neuen Herausforderungen für die Hilfepraxis.“

UnionsbürgerInnen im Hilfesystem



Anteil der nicht-deutschen KlientInnen im Hilfesystem (DzW 2016 – 2018)

	2016		2017		2018	
	EU	Nicht-EU	EU	Nicht-EU	EU	Nicht-EU
<i>... in (teil-) stationären Einrichtungen</i>	4,3%	6,9%	5,3%	4,7%	4,8%	9,1%
<i>... in ambulanten Einrichtungen und Diensten</i>	12,0%	20,1%	11,2%	16,5%	14,2%	17,9%
<i>Gesamtanteil</i>	11,1%	18,4%	10,5%	15,1%	13,0%	16,9%

Menschen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten machen vor allem in niedrigschwelligen Angeboten der Wohnungslosenhilfe (Tagesaufenthalte, medizinische Projekte etc.) einen hohen Anteil der Personen aus, die die Hilfen dieser Angebote in Anspruch nehmen.

Absolute Verarmung und Verelendung



Gegenüber der Situationsbeschreibung, die der Grundsatzpositionierung von 2013 zugrunde liegt, hat sich die Lage vieler UnionsbürgerInnen – nicht zuletzt aufgrund der **Verschärfung der sozialrechtlichen Anspruchsgrundlagen** – weiter deutlich verschlechtert.

Aufgrund einer – aus Sicht der BAG W unzulässigen – Verknüpfung von Sozial- und Ordnungsrecht – wird diesen Menschen oftmals auch eine **kommunale Unterbringung** verweigert, so dass selbst Familien mit Kindern „auf der Straße“ leben.

Rückmeldungen aus dem Hilfesystem deuten darauf hin, dass Hilfen nach SGB II oder SG XII kaum oder gar nicht realisiert werden können. Vielmehr bedarf es immer öfter der **Versorgung mit dem Notwendigsten** (Nahrung, Kleidung, gesundheitliche Grundversorgung etc.).

Zentrale Forderungen



- grundsätzliche Gleichbehandlung aller von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit
- uneingeschränkter Zugang zu Angeboten der Notversorgung
- Einrichtung und Ausbau niedrighschwelliger Beratungsangebote im Bereich der Migrationssozialarbeit
- Gewährleistung der medizinische Versorgung für alle Hilfe-suchenden und Sicherstellung des Zugangs zur Regelversorgung
- Entwicklung bedarfsgerechter Beratungs- und Hilfeangebote (inkl. einer personell und finanziell angemessenen Ausstattung)

Zugang zu Wohnraum



- Bedingt durch oftmals nur unzureichende Einkommen haben UnionsbürgerInnen einen nur **eingeschränkten Zugang zu Wohnungsmärkten**.
- Nicht selten können UnionsbürgerInnen aufgrund von **Diskriminierung am Wohnungsmarkt** Wohnraum nur in so genannten „Schrottimmobilien“ finden, die zumeist durch Mietwucher gekennzeichnet sind und in der Regel keine mietvertragliche Absicherung aufweisen.
- Vor allem Saisonarbeitern und Werkvertrags-Arbeitnehmerinnen sind im Rahmen ihrer Beschäftigung in **temporären Unterküften, Firmenunterkünften oder Werkswohnungen** untergebracht.

Verbesserung der Wohnraumversorgung und -sicherung



Die BAG Wohnungslosenhilfe tritt ein für

- die Verbesserung des Zugangs von UnionsbürgerInnen zu Wohnungsmärkten (*z. B. Versorgung mit angemessenem Wohnraum*)
- eine stärkere Berücksichtigung von UnionsbürgerInnen bei der Entwicklung und Umsetzung präventiver Hilfeangebote
- sozial-integrative Hilfen für UnionsbürgerInnen im Quartier (*z. B. zielgruppenorientierte Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement*)

Zugang zum Arbeitsmarkt



- Die Beschäftigungssituation vieler UnionsbürgerInnen auch weiterhin durch **niedrige Verdienstmöglichkeiten**, schlechte Arbeitsbedingungen und eine insgesamt **große Arbeitsplatzunsicherheit** geprägt.
- Nicht selten kommt es zu Lohnvorenthalt und fehlenden oder unzureichenden Meldungen zur gesetzlichen Sozialversicherung durch (Sub-) Unternehmer und Vermittlungsagenturen, die zumeist keine Ansprüche auf Maßnahmen zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt durch die Jobcenter begründen und den Zugang zu sozialhilferechtlichen Leistungen einschränken oder unmöglich machen.
- Auch aufgrund dieser prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation greift eine große Zahl von UnionsbürgerInnen auf niedrigschwelligen Angebote der Wohnungslosenhilfe, wie Tagesaufenthalte, Wärmestuben, Kleiderkammern und ähnliche Angebote, zurück.

Verbesserung des Zugang zum Arbeitsmarkt



Die BAG Wohnungslosenhilfe tritt ein für

- eine Stärkung und Förderung der Arbeit von **Beratungs- und Anlaufstellen für ArbeitsmigrantInnen** (z.B. *gewerkschaftliche Beratungsangebote (Faire Mobilität)*)
- den **Ausbau von Qualifizierungsangeboten** für UnionsbürgerInnen (z.B. *Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse und grundlegende Bildungsangebote (Alphabetisierungskurse)*)
- die **Klärung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen** (z.B. *Beratungsangebote über sozialrechtliche Standards und Ansprüche*)

Zugang zu medizinischer Versorgung



- Vor allem niedrigschwellige Projekte der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen verzeichnen eine **signifikante Zunahme** hilfeschender, mitteloser und oft obdachloser Patientinnen und Patienten aus Ost- und Südosteuropa
- **Fehlende Zugangsmöglichkeiten** in die medizinische Regelversorgung tragen in besonderem Maße zu einer Chronifizierung von Krankheitsbildern bei
- Fehlende oder **unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache** auf Seiten der Hilfesuchenden wie der behandelnden ÄrztInnen, Pflegekräfte SozialarbeiterInnen stellen hohe Hürden in der Hilfepraxis dar

Verbesserung der medizinischen Versorgung



Die BAG Wohnungslosenhilfe tritt dafür ein

- die medizinische Versorgung – einschließlich der Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln – für alle Hilfesuchenden zu gewährleisten
- den Zugang zur Regelversorgung sicherzustellen
- Clearingstellen einzurichten
- Projekte zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen besser auszustatten

Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation



- um bestehende Rechtsansprüche von UnionsbürgerInnen erkennen und gegenüber den Sozialbehörden durchsetzen zu können, ist eine enge Vernetzung mit zuständigen Behörden und eine auf diese Fragen spezialisierte Rechtsberatung notwendig
- nur in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Diensten und Behörden können vorhandene Hilfeangebote koordiniert genutzt und im eigenen Helfefeld nicht vorhandene Ressourcen und Kompetenzen erschlossen werden

Vernetzung und Kooperation ausbauen



Die BAG Wohnungslosenhilfe tritt ein für

- die Einrichtung und den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote im Bereich der Migrationssozialarbeit
- die Stärkung bestehender Beratungs- und Hilfeangebote für UnionsbürgerInnen
- die Vernetzung und Kooperation zwischen Wohnungslosenhilfe und Migrationssozialdiensten
- die Verstetigung der im Rahmen der EHAP-Förderung entstandenen Beratungsangebote

Einschätzung der Positionierung



Kommunale Unterbringung und Hilfen

- Inka **Gallinat**, Koordinierungsstelle Zuwanderung Osteuropa, Landeshauptstadt Hannover, Hannover

Zugang zum Arbeitsmarkt

- Dominique **John**, Faire Mobilität, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin

Vernetzung mit Migrationssozialdiensten

- Natalia **Bugaj-Wolfram**, Referentin für Migrationssozialarbeit, Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Berlin

Leitfragen für die Diskussion



- Welche konkreten Hilfebedarfe stehen im Zusammenhang mit obdach- und wohnungslosen UnionsbürgerInnen im Zentrum der Beratungs- und Hilfepraxis?
- Wie sind die in der Grundsatzpositionierung der BAG W formulierten Forderungen/Positionierungen in der Praxis einzuschätzen?
- Welche konkreten Ansätze zur Entwicklung von Hilfeangebote wurden für die Zielgruppe bisher entwickelt?
- Welche konkreten Ansätze der Kooperation/Vernetzung wurden bisher entwickelt?

Bundestagung 2019



- *Forum A III:* Vorstellung und Diskussion der aktualisierten Grundsatzpositionierung „Hilfen für BürgerInnen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten“ (2019)
- *Forum B IV:* Diskussion von Fragen des Zugangs von UnionsbürgerInnen zur ordnungsrechtlichen Unterbringung
- *Arbeitsgruppe A/B 3:* Diskussion der Auswirkungen des „Unionsbürgerausschlussgesetzes“ auf die Beratungspraxis
- *Arbeitsgruppe A/B 5:* Vorstellung von Hilfestrukturen für wohnungslose Menschen in osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten – u.a. am Beispiel Polens



Vielen Dank

Alles rund ums Wohnen und Nicht-Wohnen
Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 2019

11. bis 13. Nov. 2019 in Berlin